

Bericht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) für den Landesrat DIE LINKE. NRW am 26.08.2023

Liebe Genossinnen und Genossen,

eines der wesentlichen Arbeitsfelder unserer Fraktion DIE LINKE im RVR war und ist seit unserer letzten Berichterstattung im Landesrat vor einem Jahr die Auseinandersetzung mit den Entwürfen des Regionalplans Ruhr. Hauptstreitpunkt ist weiter der Kiesabbau im Kreis Wesel. Nach der erfolgreichen Klage des Kreises Wesel und mehrere Kommunen beim OVG Münster gegen den Landesentwicklungsplan (LEP) wurde eine 3. Offenlage des Regionalplanentwurfs notwendig, da durch die Klage die Vorgaben des LEP geändert wurden. Die in der erneuten Offenlage des Regionalplanentwurfs erhoffte großangelegte Streichung von Flächen erfolgte jedoch nicht, lediglich drei der vorgesehenen Flächen wurden herausgenommen, zwei in Neukirchen-Vluyn und eine in Kamp-Lintfort. Allerdings ist das Urteil des OVG Münster bis heute nicht vollständig in Landesrecht umgesetzt worden. Insbesondere die Berechnung des Kiesbedarfs für die nächsten 20 Jahre ist fragwürdig und wird von den Initiativen gegen den Kiesabbau und den betroffenen Kommunen nach wie vor heftig kritisiert.

Gegen den 3. Regionalplanentwurf sind bis April nochmals 4.250 Stellungnahmen eingegangen, von denen 4.100 mit dem Thema Rohstoffgewinnung/Kiesabbau befassen. Diese Eingaben werden zur Zeit von der Verwaltung abgearbeitet. Am 10. November 2023 soll der Plan in einer Sondersitzung des Ruhrparlaments beschlossen werden. Klar ist schon jetzt, dass 6 Kommunen im Kreis Wesel und der Kreis selbst den Plan beklagen werden.

Wir hatten als Fraktion DIE LINKE schon Ende 2021 die Herausnahme des Kiesabbaus aus dem Regionalplan und seine Auslagerung in einen Teilplan gefordert und beantragt. Ein solcher Teilplan hätte dann später verabschiedet werden können, wenn die Vorgaben des LEP vom Land geregelt wurden. Das lehnte die Verbandsversammlung mehrheitlich ab. Die Kommunen und der Kreis Wesel fordern inzwischen jedoch genau das Gleiche.

Im Dezember letzten Jahres hat die Verbandsversammlung mit unserer Mitwirkung zwei wichtige Resolutionen beschlossen. Die „Resolution zu den Anschlägen auf jüdische Einrichtungen in der Metropole Ruhr“ hat die Fraktion DIE LINKE zusammen mit SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingebracht. Darin bezieht das Ruhrparlament eine klare Position gegen Antisemitismus. Schüsse auf die Alte Synagoge in Essen, ein missglückter Brandanschlag auf die Bochumer Synagoge und polizeiliche Ermittlungen in Dortmund wegen der Anstiftung zu einem Brandanschlag werden darin als Versuch bezeichnet, das friedliche Zusammenleben der Religionen und Kulturen in der Metropole Ruhr zu schädigen und Misstrauen zu säen.

In der zweiten, einstimmig angenommenen Resolution „Den Sport in der Metropole Ruhr in schwierigen Zeiten unterstützen“ – eingebracht von SPD, CDU und DIE LINKE – richtet das Ruhrparlament drei Forderungen an Bund und Land: Fortführung der Investitionspakete zum Abbau des Sanierungsstaus in Sportstätten über 2022 hinaus, die substantielle Integration von Sportvereinen in die energiekostenbezogenen Hilfsprogramme und sportvereinsbezogene Hilfsprogramme. Grünen und FDP haben sich hier enthalten.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

gern unterbreiten wir euch das Angebot in den Kreisverbänden des Ruhrgebietes, den Rats- und Kreistagsfraktionen vor Ort über unsere Arbeit zu berichten, Projekte der Verbandsarbeit vorzustellen und mit euch in einen Austausch zu kommen, wie wir uns vernetzen können. Nehmt hierfür einfach Kontakt zu unserer Fraktionsgeschäftsführerin Heike Kretschmer auf. Aktuelle Informationen findet ihr darüber hinaus auf unserer Webseite und unserer Facebook-Seite DieLinke.RVR.

Wolfgang Freye, Heike Kretschmer (Geschäftsführerin)

Chancen zur Einigung mit den Kommunen und Initiativen im Kreis Wesel im Regionalplanverfahren vertan

Die Fraktion DIE LINKE im RVR hat auch Anträge zur 3. Offenlage des Regionalplans gestellt und vor allem versucht, den Konflikt zwischen dem RVR und den vom Kiesabbau betroffenen Kommunen zu entschärfen – was allerdings kaum möglich ist, solange die Vorgaben des LEP zur Versorgungssicherheit so sind, wie zur Zeit. Den genauen Wortlaut unseres Antrages kann man hier abrufen: <https://www.dielinke-rvr.de/dokumente1/antraege/detail-antraege/regionalplan-ruhr-fuer-das-verbandsgebiet-des-regionalverbands-ruhr-beschluss-zur-dritten-beteiligung-weitere-einbindung-der-politik-der-kommunen-initiativen-und-buergerinnen-in-den-entscheidungsprozess/>

Immerhin war der Grundgedanke der Erarbeitung des Regionalplans vor mehr als 10 Jahren, den ersten gemeinsamen Plan für die Region seit Mitte der 60er Jahre in einem offenen, transparent geführten Diskurs mit den Kommunen und der interessierten Öffentlichkeit aufstellen zu wollen. Von diesem Weg ist man beim Thema Kies kurz vorm Ziel immer mehr abgekommen.

Die Fraktion war zum Thema Kiesabbau auch öfter in der Presse im Kreis Wesel vertreten und auf Veranstaltungen „unterwegs“, u.a. bei einer Podiumsdiskussion des „Niederrheinappels“ (Bündnis der Bürgerinitiativen gegen Kiesabbau) im März 2023. Dort sagte die Wirtschaftsministerin des Landes NRW, Mona Neubauer (Grüne), zu, dass es im LEP eine Revisionsklausel für den Regionalplan geben soll. D.h. der Regionalplan soll direkt nach Verabschiedung der notwendigen Änderungen bei den Vorgaben zum Kiesabbau im LEP, was voraussichtlich nicht vor 2025 sein wird, geändert werden. Wolfgang Freye machte deutlich, dass das nichts nützt, wenn die Kiesindustrie direkt nach der Verabschiedung des Regionalplans Fakten schafft und Betriebserlaubnisse für die Flächen beantragt. Ein Teil der Flächen für den Kiesabbau gehört der Kiesindustrie bereits, andere versucht sie zur Zeit hinter den Kulissen aufzukaufen.

DIE LINKE lehnte den Haushalt 2023 ab und fordert mehr Kooperation der Städte

Die Reden der Fraktionsvorsitzenden Martina Schmück-Glock (SPD) und Roland Mitschke (CDU) zum Haushalt 2023 wirkten genau wie die Anträge der Großen Koalition ambitionslos. Für die Standortmarketingkampagne des RVR „Stadt der Städte“ wollte sie aber 350.000 Euro mehr ausgeben – dadurch sollen auch 2023 erneut 3,1 Millionen Euro in die Kampagne, einer der größten laufenden Ausgabeposten des RVR. Dabei geht es um eine Wirtschaftsförderungskampagne, deren Effekte hinsichtlich der Ansiedlung von Unternehmen, der Schaffung von Arbeitsplätzen usw. bisher nicht umfassend evaluiert wurden. Mit den bisher insgesamt verausgabten 19 Mio. Euro hätte der Verband aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ganz andere Projekte anstoßen können. Den Haushalt lehnte sie wieder ab.

In der Rede zum Haushalt verwies Wolfgang Freye auf ein Grundproblem für die Entwicklung im Ruhrgebiet: Die Chancen zur engeren Kooperation der Städte mit dem RVR und die Übertragung von Aufgaben, die das RVR-Gesetz seit sieben Jahren ermöglicht, werden kaum genutzt. Dabei hat spätestens der Bericht der Gemeindeprüfanstalt (GPA) von 2020 konkrete Ansätze hierfür aufgezeigt. Ein entscheidender Bremsen ist der Kommunalrat, in dem die Oberbürgermeister*innen und Landräte des Ruhrgebiets sitzen und ihre Kirchtürme verteidigen. Von den Vorschlägen der GPA blieb nach seiner Beratung nicht viel mehr übrig. Statt eines Aufgabenkritikverfahren, wie von der Koalition beantragt, forderten wir, im nächsten Jahr endlich zu klären, welche Aufgaben man unter dem Dach des RVR bündeln will. Und dazu gehört aus unserer Sicht auch mehr Kooperation im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit und Armut, um hier endlich die „Spitzenposition“ des Ruhrgebietes abzugeben.

Unsere Anträge im Einzelnen könnt Ihr auf unserer Internetseite unter <https://www.dielinke-rvr.de/dokumente1/antraege/detail-antraege/verabschiedung-des-haushaltsplans-2023-hier-veraenderungen-im-haushalt-zur-erfuellung-von-aufgabenstellungen-aus-dem-strategie-und-zielkonzept-des-rvr/> abrufen. All unsere Anträge sind wieder an der Mehrheit von SPD und CDU im Ruhrparlament gescheitert.

Weitere wichtige Beschlüsse des RVR

Weitere wichtige Beschlüsse des RVR in den letzten Monaten waren:

- Ein **Entwicklungs- und Vermarktungskonzept für die 24 beschlossenen „Regionalen Kooperationsstandorte“ für Industrie- und Gewerbeflächen**. Dabei werden auch qualitative Vorgaben gemacht, die auch von der Fraktion DIE LINKE angeregt wurden (städtebaulichen Qualitäten, Klimaanpassung und –resilienz, sparsame Verwendung von Energie) gestärkt wird.

Auf der Internetseite des RVR könnt ihr die Regionale Plattform Kooperationsstandorte unter <https://www.rvr.ruhr/themen/staatliche-regionalplanung/regionale-kooperationsstandorte/>, deren Inhalte mit den Kommunen abgestimmt worden ist.

- Die Fraktion DIE LINKE hat die Idee der Erarbeitung eines Masterplans Mittelstand und Handwerk in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern in der Verbandsversammlung unterstützt.
- Die in einem breit angelegten Erarbeitungsprozess entwickelte **Charta Grüne Infrastruktur** beschreibt, wie es gelingen kann, dass die Frei- und Grünflächenflächen, Halden, Wälder, Parks innerhalb und außerhalb der Städte im Ruhrgebiet einen stärkeren Beitrag leisten, diese Region insgesamt lebenswerter zu gestalten.
- Ein weiteres Thema war die Verabschiedung von **Leitlinien zum Abschluss von Pachtverträgen über Flächen des RVR**. Umstritten war die vorzusehende Länge der Pachtverträge, die die Verwaltung grundsätzlich nur für ein Jahr abschließen will. Dies ist für den Schutz landwirtschaftlicher Flächen, die Förderung einer Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung und die regionale Vermarktung regionaler Produkte nicht nur aus unserer Sicht zu kurz. Auch die Landwirtschaftskammer und der BUND kritisieren diese Vorgabe. Ein gemeinsamer Antrag unserer Fraktion mit der Grünen-Fraktion für längere Pachtzeiten von drei Jahren als Regel wurde von der rot-schwarzen Koalition dennoch abgelehnt.
- Durch Schau-Anträge von SPD/CDU und Grüne bekräftigte die Verbandsversammlung im Dezember die Absicht, Gebäude und Flächen des RVR für **erneuerbare Energien** zu nutzen. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE muss es darum gehen, vor allem die Akzeptanz solcher Anlagen unter den Bürger:innen zu erhöhen. Deshalb hat sich DIE LINKE für Betreibermodelle wie Genossenschaften, kommunale Trägerschaften und Beteiligungsformen gegenüber den Anwohner:innen eingesetzt. Das lässt ein Beschluss zu Betreibermodellen zu, der im Juni gefasst wurde. Allerdings hat die Verwaltung deutlich gemacht, dass hierfür ein deutlich höherer Personalbedarf von Nöten wäre.
- Im letzten Herbst haben wir einen Grünen-Antrag unterstützt, die **Queer-Szene** mit einer Auftaktveranstaltung und einem Runden Tisch zur besseren Vernetzung im Ruhrgebiet zu unterstützen. Die Große Koalition lehnte das ab.
- Die Verbandsversammlung hat beschlossen, im Vorfeld der Europawahl 2024 zusammen mit den Kommunen eine Kampagne zu starten, um auf die konkreten Wirkungen der europäischen Struktur- und Förderprogramme im Ruhrgebiet, Mitwirkungsmöglichkeiten und die Wahrnehmung des Wahlrechtes aufmerksam zu machen. Die Fraktion DIE LINKE hat die Umsetzung der Kampagne begrüßt, weil es wichtig ist, besonders jungen Menschen zu motivieren, die EU-Wahl 2024 ernst zu nehmen und sich mit den Werten der EU auseinanderzusetzen. Die AfD hat sie mit einer verleumderischen, rechtsextremen Begründung abgelehnt. Welche beträchtlichen Gelder in der letzten Förderperiode von 2014-2022 in die Region und die einzelnen Kommunen im Ruhrgebiet geflossen sind, kann man unter <https://www.europa.ruhr/services/bilanzierung-eu-foerdermittel/> abrufen.

Zu berichten ist ansonsten noch, dass die **AfD-Fraktion im RVR** sich vor einigen Monaten gespalten hat. Die Abspaltung nennt sich anmaßend Ruhrfraktion und hat inzwischen 4 Mitglieder, in der AfD-Fraktion verblieben 3. Dabei ging es weniger um politische Inhalte, als um persönliche Animositäten und den Umgang mit den Fraktionsmitteln. Der Fraktionsvorsitzende der AfD hat z.B. 150 Flaschen Wein und Präsentkörbe auf Fraktionskosten gekauft und mehrere tausend Euro an das Internetradio „Antenne Frei“ gezahlt, bei dem seine Frau Geschäftsführerin ist ... Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Untreue wurden inzwischen eingestellt. Die meisten Mitglieder auch der Ruhrfraktion sind nach wie vor Mitglieder der AfD, weswegen sich uns die Frage stellte, warum die Verwaltung die Fraktionsneugründung überhaupt umstandslos anerkannt hat. Der Antrag der neuen Fraktion, Ausschüsse neu zu besetzen, wurde nach kritischer Diskussion durch alle anderen Fraktionen und einer rechtlichen Stellungnahme des Landes zurückgezogen.

Weitere, ausführlichere Informationen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht. Neu: DIE LINKE im RVR auch bei Facebook unter <https://www.facebook.com/DieLinke.RVR>

Essen, 16.08.2023 - Wolfgang Freye, Heike Kretschmer, Fraktion DIE LINKE im RVR